

# Patrick Schreiber



**Ihr Landtagsabgeordneter**  
in der Dresdner Altstadt & Neustadt,  
Johannstadt & Friedrichstadt

Nr. 4 / 21.12.2009

## NEWSLETTER

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Interessenten meines Newsletters,

in den Wochen nach der Konstituierung der Regierungskoalition im Oktober haben die Abgeordneten des Sächsischen Landtags ihre Arbeit aufgenommen. Über ein paar Gesetzesvorlagen und ihre Bewandnis, sowie Ereignisse aus dem Wahlkreis und dem Dresdner Stadtrat möchte ich Sie im Folgenden gerne informieren.

Herzliche Grüße und ein besinnliches Weihnachtsfest wünscht  
Ihr  
Patrick Schreiber



### Änderungen des Sächsischen Nichtrauchererschutzgesetzes

Im Oktober 2008 beanstandete der Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen das Sächsische Nichtrauchererschutzgesetz vom Oktober 2007 in bestimmten Teilbereichen als nicht vereinbar mit der Sächsischen Verfassung. Betroffen waren in erster Linie einräumige Gaststätten, Spielbanken, Spielhallen und Diskotheken. Der Sächsische Landtag wurde beauftragt, bis zum 31. Dezember 2009 Neuregelungen in den Bereichen zu treffen.

Der nun durch den Landtag beschlossene Gesetzesentwurf der Staatsregierung sieht vor, unter bestimmten Voraussetzungen das Rauchen in sogenannten Einraumkneipen und die Einrichtung von Raucherbereichen in Diskotheken zuzulassen und Ausnahmeregelungen für geschlossene Gesellschaften geltend zu machen.

„Bei geschlossenen Veranstaltungen, wie beispielsweise Firmen- oder Weihnachtsfeiern, soll die Entscheidung zur Rauchfreigabe grundsätzlich bei den Personen liegen, die innerhalb dieser Zeit gewollt beieinander sitzen. In einem solchen Rahmen sind keine unbeteiligten Dritten betroffen. Dabei vertrauen wir selbstverständlich darauf, dass bei der Teilnahme von Kindern zum Wohle dieser Rücksicht genommen wird“, betont Patrick Schreiber, Mitglied im Ausschuss für „Soziales & Verbraucherschutz“ im Sächsischen Landtag.

„Für Gaststätten und Kneipen mit einer geringeren räumlichen Größe als 75 Quadratmetern ist vorgesehen, dass sie ihr Lokal als Rauchergaststätte kennzeichnen und betreiben können. Diese Variante verbietet im Umkehrschluss die Zulassung von Minderjährigen. Selbiges gilt für kleine Diskotheken, wobei hier zusätzlich das Rauchen in Tanzflächennähe nicht gestattet wird.

Trotz der eingeführten Änderungen und damit Erleichterungen für das Geschäft der angesprochenen Betriebsformen, darf nicht vergessen werden, was Ziel des Nichtrauchererschutzgesetzes ist. Weder Minderjährige noch generell Unbeteiligte sollen sich dem ungewollten Rauch ausgesetzt fühlen und gesundheitliche Folgen davontragen. Aus dem Grund sind auch bei Einraum-Diskotheken und -Spielhallen abgetrennte und gekennzeichnete Raucherbereiche vonnöten. Die Staatsregierung trägt damit Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat als auch gegenüber der Sächsischen Verfassung“, so Patrick Schreiber abschließend.

# NEWSLETTER

Landtagsabgeordneter Patrick Schreiber



## Einschränkung des Versammlungsrechts in Sachsen soll Sicherheit und Ordnung wahren

In den letzten Jahren kam es in Sachsen, in Dresden meist aus Anlass des Gedenkens am 13. Februar, vermehrt zu gewaltbereiten Demonstrationen von rechts- und linksextremen Gruppen. Nicht selten fanden diese in unmittelbarer Umgebung von geschichtlich bedeutenden Orten wie der Dresdner Frauenkirche oder dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig statt. In der Regel reisten die Mehrzahl der Teilnehmer für diese Ereignisse von außerhalb an.

Besonders Bilder von Ausschreitungen und sogenannten „schwarzen Blöcken“ am 13. Februar in Dresden bestimmten in den darauffolgenden Tagen die Medienlandschaft. Vergessen wurden dabei stets diejenigen, die es eigentlich betrifft: die Dresdner. Und damit all jene, die sich zu Tausenden zu friedlichen Kranzniederlegungen und Umzügen durch die Stadt treffen. All jene, die den 13. Februar als einen Tag des Gedenkens und der Ermahnung an heutige und zukünftige Generationen begehen und an die unzähligen Opfer des Krieges erinnern.

Unter Rücksichtnahme der Meinungs- und Versammlungsfreiheit arbeitet die Sächsische Regierungskoalition an einer Einschränkung des Versammlungs- und Aufzugsrechts, um diesen Ereignissen endlich die nötige Sensibilität beimessen zu können, die sie verdienen. Betroffen ist im Kern der §15 des Sächsischen Versammlungsgesetzes.

Die Gesetzesänderung sieht vor, Demonstrationen und Aufmärsche einschränken und sogar verbieten zu können, sobald sie an Orten stattfinden sollen, welche die Würde von Personen beeinträchtigen, die Widerstand gegen nationalsozialistische oder kommunistische Gewaltherrschaften geleistet haben oder Kriegsoffer sind. Vor dem Hintergrund zählen gewalttätige Ausschreitungen im Rahmen des 13. Februar in Dresden dazu. Die Instrumentalisierung des Gedenktages für politische Ziele von rechts und links und die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit negiert die Mahnung, Erinnerung und Trauer um Tausende Kriegsoffer. Das schadet dem Ansehen der Dresdner und ihrer Stadt. Die Vergangenheit hat dies mehrfach bewiesen.

Der Entwurf hat keinesfalls zum Ziel, jede mögliche Versammlung einzuschränken. Dies widerspräche dem Grundgesetz und der Sächsischen Verfassung völlig. Als Regierungskoalition und politisch Verantwortliche in Sachsen ist es uns dennoch wichtig, Gefahren für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger abzuwehren, ebenso wie empfindliche Stellen des öffentlichen Lebens vor Verunglimpfungen zu schützen. Es darf nicht sein, dass zum Beispiel die Frauenkirche als Symbol des Friedens und der Versöhnung Schauplatz politisch motivierter Versammlungen von Rechts- und Linksextremen wird.

Die Änderungen im Sächsischen Versammlungsgesetz sollen im Januar 2010 durch den Landtag beschlossen werden, damit diese schon im Februar 2010 zur Anwendung kommen können.

## Bürgersprechstunde am Donnerstag, den 22. Januar 2010

Am Donnerstag, den **22. Januar 2010** findet meine monatliche

**Bürgersprechstunde  
von 16.00 bis 18.30 Uhr  
im Wahlkreisbüro  
(Bautzner Straße 105, 01099 Dresden)**

für den Wahlkreis 45, Dresden 3 statt. Mir ist es wichtig, für die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis ein Ansprechpartner zu sein. Mit Hilfe des regelmäßigen Kontaktes will ich mich über die Probleme vor Ort informieren und mit den betreffenden Personen gemeinsam Lösungswege finden. Wenn Sie also ein Anliegen haben, bei dem ich Ihnen als Landtagsabgeordneter helfend zur Seite stehen kann, sind Sie herzlich für den 22. Januar eingeladen, vorbei zu kommen.



Interessierte Bürger melden sich bitte vorab unter 0351 - 655 737 60 oder buero@schreiber-patrick.de an.

# NEWSLETTER

Landtagsabgeordneter Patrick Schreiber



## Patrick Schreiber unterstützt Weihnachtsprojekt der 19. Grundschule in Dresden

Die 19. Grundschule in Dresden hat bei ihrem diesjährigen Weihnachtsmarkt am 3. Dezember ein Projekt zur Unterstützung von Townships, den Armenvierteln in Kapstadt, durchgeführt. In Kisten wurden Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände gesammelt, die in den folgenden Tagen per Paketdienst an das Kinderzentrum in Kapstadt geschickt wurden.

Im Vorfeld der Aktion sprach die Grundschullehrerin Frau Megerlin-Otto mich an, ob es mir möglich wäre das Projekt zu unterstützen. Nach gemeinsamen Gesprächen und dem Besuch des Schul-Weihnachtsmarktes übernahm ich die Porto-kosten der gesamten Pakete, die gefüllt mit den Sachspenden nach Kapstadt versandt wurden.

Ich halte soziale Projekte für sehr wertvoll und bin gerne bereit, sie im Rahmen des Machbaren zu fördern. Das Township-Projekt sagte mir aus zwei wichtigen Gründen sofort zu: Zum Ersten konnte damit ein Beitrag für hilfsbedürftige Kinder in Südafrika geleistet werden. Zum Zweiten hatten vor allem die Grundschüler durch den Einsatz ihrer Schule die Möglichkeit, soziales Engagement zu lernen und zu erleben.

Diese Art von Projekten weist in die richtige Richtung für ein menschliches Miteinander!

## 2010 wird es keine verkaufsoffenen Sonntage in unserer Stadt geben - Stadtrat schadet Dresden

In der Stadtratssitzung am 10. Dezember 2009 votierte eine Mehrheit aus Grünen, LINKE und SPD sowie Bürgerfraktion gegen die seit Jahren praktizierten vier verkaufsoffenen Sonntage pro Jahr in Dresden. „Diese Entscheidung ist realitätsfern und schadet der Stadt“, kritisiert Patrick Schreiber, Stadtrat und Landtagsabgeordneter.

„Als Stadträte haben wir das Wohl Dresdens zu sichern und sollten die uns übertragenen Aufgaben uneigennützig und verantwortungsbewusst wahrnehmen. Das linke Lager in Dresden hat einmal mehr bewiesen, dass bereits praktizierte und von einer Mehrheit der Dresdner akzeptierte Regelungen für sie keinen Wert haben. Daneben schaden sie besonders den Händlern in der für sie ertragreichen Vorweihnachtszeit.“

Die Entscheidungen der letzten Jahre, den Händlern in Dresden das Öffnen ihrer Läden von 12 bis 18 Uhr an den Adventssonntagen zu gestatten, brachte eine Menge Vorteile. Es wurden für die Dresdner vier Mal im Jahr zusätzliche Möglichkeiten zum ungezwungenen Einkaufen und Flanieren geschaffen. An den jeweils drei Adventssonntagen sorgten die offenen Einkaufshäuser zudem für willkommenen Zulauf auf den Weihnachtsmärkten. Auch aus dem Umland kamen etliche Besucher in die Stadt. Wie stark die verkaufsoffenen Sonntage gerade in der Adventszeit von den Dresdnern und ihren Gästen angenommen werden, hat sich auch in diesem Jahr wieder gezeigt. Für manchen Händler war der Sonntag der umsatzstärkste Tag in der ganzen Woche.

Die Sonntagsöffnungen im Jahr 2010 völlig zu streichen, ist eine Missachtung all jener, die diese Möglichkeit bisher gerne für sich in Anspruch genommen haben und es geht eindeutig zu Lasten der Unternehmen und Marktbudenbesitzer. Wenn verkaufsoffene Sonntage im Advent so unnützlich sind, wie von rot-rot-grün dargestellt, frage ich mich, warum es an entsprechenden Tagen immer derart voll in der Innenstadt ist“, so Patrick Schreiber weiter.

„Es ist unerträglich, wie die rot-rot-grüne Mehrheit versucht, allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt das eigene Weltbild und die eigenen Lebensgewohnheiten auf´s Auge zu drücken. Die Zeiten solcher Bevormundungen, wie jeder Einzelne sein Leben zu führen hat und was jeder Einzelne mit seinem Sonntag macht, sollten eigentlich seit 1990 vorbei sein“, so Patrick Schreiber abschließend.